

Zwei Stunden Mehrarbeit wegen Euro-Schwäche. Die Unia sagt Stop.

## Lohnklau bei Dätwyler

Das ist Krisenlogik: Der Urner Industriekonzern Dätwyler lässt sich von seinen Beschäftigten wöchentlich zwei Stunden schenken.

Vermutlich war die Provokation so nicht gewollt. Aber der Mischkonzern Dätwyler musste ja seine Aktionärinnen und Aktionäre bei Laune halten: Der Höhenflug des letzten Jahres - ein Plus von 30 Prozent – soll auch dieses Jahr anhalten. Und so verkündete CFO Reto Weite am 12. Januar im Fachblatt „Finanz und Wirtschaft“ frohe Botschaften. Macht der schwache Büro die Gewinne im Europageschäft kaputt? Ach wo: „Auf Gruppenebene ist der Einfluss des Währungseffekts eher gering.“ Weniger als ein Sechstel des Umsatzes sei davon betroffen.

In den immer schon etwas schwächeren Sparten Kabel und Gummi denke man zwar darüber nach, einzelne Produktionen „schneller als vorgesehen“ auszulagern. Nach China oder Osteuropa. Aber selbst aus diesem Geschäftsbereich wusste Welte Erfreuliches zu berichten: Dätwyler Gummi habe gerade den Vertrag mit Nespresso über Dichtungen für die Kaffeekapseln um vier Jahre verlängert. Und Dätwyler Kabel habe gute Aussichten, in mehreren Gemeinden Glasfasernetze aufspannen zu können. Zwei Geschäfte fast wie eine Lizenz zum Gelddrucken. Und so fasste „Finanz und Wirtschaft“ zusammen: „Dätwyler kann mit Frankenstärke leben.“

### Frohe Feste

Nur vier Tage später sollte das gar nicht mehr wahr sein. Da veröffentlichte nämlich der „Sonntag“ einen Weihnachtsbrief der Bereichschefs von Gummi und Kabel an 950 ihrer 1700 Mitarbeitenden. Um den Wettbewerbsnachteil des starken Frankens auszugleichen, müssten sie bis auf weiteres zwei Stunden pro Woche länger arbeiten. Schrieben die Chefs und erwähnten das offenbar Selbstverständliche gar nicht erst: Die zwei Stunden werden nicht bezahlt. Der Lohn der 950 Betroffenen wird deshalb um 5 Prozent gesenkt.

Dätwyler rechtfertigt die unbezahlte Mehrarbeit mit dem Krisenartikel 57 des Gesamtarbeitsvertrags der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie. Danach kann ein Unternehmen bis zu zwei Jahre lang die Arbeitszeit erhöhen, wenn damit in der Schweiz Entlassungen vermieden oder neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Allerdings müssen die Verbände der Arbeitnehmenden vorab darüber informiert werden.

### Keine Notlage

So erfuhr auch die Unia kurz vor Weihnachten von den Absichten der Urner. Industriesekretär Beda Moor: „Ich habe sofort bei Swissmem (dem Arbeitgeberverband der Maschinenindustrie. Red.) interveniert. Denn die Firma steckt in keiner wirtschaftlichen Notlage. Sie kann deshalb nicht den Krisenartikel anwenden, um länger arbeiten zu lassen.“

Dass die Firma keine Not leidet, hatte sie gerade erst überaus vollmundig verkündet. Und dumm: Mit der Ankündigung einer baldigen Produktionsauslagerung schloss sie selbst die Anwendung des Krisenartikels aus. Denn der soll ja gerade Arbeitsplätze in der Schweiz erhalten. „Swissmem muss jetzt von Dätwyler die Einhaltung des GAV verlangen“, sagt Moor. „Andernfalls müssen wir eine Klage wegen Vernachlässigung der Einwirkungspflicht prüfen.“

Das wäre eine lustige Wendung des Falls. Bisher sind es nämlich stets die Arbeitgeber, die der Unia auf den Pelz rücken und von ihr „Einwirkung“ verlangen, wenn irgendwo ein Arbeiter zu energisch protestiert.

Moor jedenfalls meint es sehr ernst: „Wenn Dätwyler durchkommt, sind alle Schleusen geöffnet.“ Schon jetzt lässt Trasfor, ein Tessiner Transformatorenhersteller, länger arbeiten bei gleichem Lohn. Mit derselben Argumentation wie die Urner. Und der Stahlkocher Swiss Steel aus Emmenbrücke liebäugelt mit unbezahlter Mehrarbeit. Und schaut genau hin, wie es bei Dätwyler weitergeht. Mit Foto.

Michael Stötzel.

Work. Freitag, 2011-01-21